

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Dresden, Montag den 9. März 1908.

19. Jahrg.

Nr. 57.

**Redaktion:**  
Zwingerstraße 21, 2. Etz.  
Dresden  
Telefon: Nr. 1000.  
Erlaubnis-Nr. 1000.

**Verleger:**  
Zwingerstraße 21, post.  
Dresden  
Telefon: Nr. 1000.

## Der Brief an Lord Tweedmouth.

Der Kaiserbrief an den Ersten Lord der Admiralität hat in England die größte Sensation erregt. Die Mehrzahl der Londoner Blätter bemüht sich gleichwohl, den Vorfall nicht allzu ernst zu nehmen und neue Verstimmungen zwischen den beiden Mächten nicht aufkommen zu lassen. Diesem wird auch bedauert, daß Lord Tweedmouth den Brief nicht sofort dem Seefahrtsministerium unterbreitet hat.

Der Anlaß zu dem Briefe wird wie folgt dargestellt:  
Der dem König Edward nahestehende Lord Elber, Vize-Kapitän von Windsor, war aufgefunden worden, in den Vorlesungen eines neuorganisierten englischen Flottenklubs, die sich von dem bisherigen englischen Flottenklub abgeleitet hatte, einzutreten, um die Klubsituation gegen die noch existierende Flotte unzulängliche Marinepolitik des Kabinetts zu kritisieren. Die Aufforderung hatte Lord Elber mit der Klubsituation abgelehnt, daß die Marinepolitik der Regierung vollkommen ausreichend sei, und insbesondere der Erste Seelord Sir John Fisher um die englische Flotte große Verdienste habe. Lord Elber schloß mit den Worten: „Es gibt in ganz Deutschland von Kaiser abwärts keinen Menschen, der den Sturz Fishers nicht mit Freuden begrüßen würde, und schon aus diesem Grunde muß ich die Klubsituation, dem Vorstande der Klubs beizutreten, ablehnen.“

Durch diese Worte soll sich der Kaiser verletzt gefühlt haben und deshalb an er den Brief an Lord Tweedmouth geschrieben. Der Kaiser habe sich in dem Briefe über Lord Elber kritisch ausgesprochen und dies sei der Grund, daß er Lord Tweedmouth Späß gemacht habe, den Brief an andere Personen zu zeigen. Eine Gegenmaßnahme auf die englische Flottenpolitik soll nur in der Bemerkung enthalten sein, worin der Kaiser erklärt, er könne, wenn es wolle, bewilligen, daß die britische Flotte minimal so stark sei als die deutsche.

Lord Tweedmouth selbst hat dem Daily Chronicle auf dessen Anfrage erwidert: „Brief rein persönlich, nicht offiziell, hat keinen Bezug auf britische Flottenpolitik. Keine weitere Erklärung wird abgegeben werden, ehe das Haus der Lords am Montag zusammentritt.“

Wie das Deutsche Bureau erzählt, wird, bevor das Oberhaus zusammentritt, ein Ministerialabgeordnetes werden, der dem Reichstag nach die Angelegenheit des Briefes des Kaisers nach allen Richtungen hin prüfen wird. Lord Tweedmouth wird hierbei seinen Kollegen den ganzen Fall unterbreiten. Daraus ist zu erwarten, daß die Angelegenheit abgehandelt werden wird.

## Was den englischen Brief.

London, 8. März. Die Westminster Gazette schreibt: Wir bezeichnen es als einen allgemeinen Grundton, daß es nicht möglich ist, daß ein Herrscher mit den Ministern einer anderen Nation in Briefwechsel tritt. Aber der deutsche Kaiser ist nach der ganzen Art seines Vorgehens nicht förmlich, und wenn er mit der Nation tritt, ist auf keinen Fall anzunehmen, daß er eines ungeschicklichen Ansehens auf die Unschuld oder Unabhängigkeit seiner Reden jähling aufhöre. Der Vorfall weist aber auf eine Verletzung vertraulicher Dinge hin, die sehr zu beklagen ist. Wir können nur hoffen, daß jetzt, wo das Unheil geschehen ist, der Kaiser alle Parteien die äußersten Anstrengungen machen werden, um es in seine Grenzen zu bannen.

Ebenfalls Standard schreibt: Es ist fast unglücklich, daß der Kaiser einen durch diplomatischen Brauch oder durch nationale Eigenart so wenig gerechtfertigten Schritt unternommen sollte, und noch unglücklicher, daß ein Minister der britischen Flotte glauben sollte, daß er die Freiheit habe, sich in eine so ungewöhnliche Korrespondenz einzulassen ohne Wissen und Billigung des Kabinetts. Es ist klar, daß die Angelegenheit nicht da gelassen werden darf, wo sie ist, aber da wir der Ansicht sind, daß jede Vertreibung der deutsch-englischen Beziehungen zu bedauern wäre, hoffen wir aufrecht, daß Lord Tweedmouth in der Lage sein wird, eine befriedigende Erklärung der Angelegenheit zu geben.

Daily Graphic sagt: Da wir des festen Glaubens sind, daß der Kaiser allein die Interessen des Friedens und der englisch-deutschen Freundschaft im Auge gehabt hat, als er an Tweedmouth schrieb, so hoffen wir bestimmt, daß er in Zukunft auf den mehr bestimmten diplomatischen Verkehr zur Förderung dieser zweckmäßigen Ziele sich beschränken werde.  
Morning Post schreibt: Weder das Oberhaus, noch das Parlament werde voraussichtlich die Verurteilung des Briefes verlangen, der nur habe geschrieben werden können infolge eines ganz natürlichen Mißverständnisses bezüglich der besonderen Stellung, welche ein britischer Minister einnimmt. Ein solches Verlangen würde zu aufsehenswerter Weise ein Mißverständnis einbringen, das sich nicht über jeden Kompromiß stellt. Das Parlament möge in diesen Tagen bedenken, daß die Regierung besondere diplomatische Mittel ergreifen müsse, um den Kaiser mit dem Wesen der ministeriellen Verantwortlichkeit in England vertraut zu machen.

## Aus der französischen Presse.

Paris, 8. März. In den letzten politischen Kreisen äußert man sich mit Zurückhaltung. So wenig man die innere Bedeutung des Voranges überblickt, so leicht neigt man zu der Annahme, daß der Vorfall dem deutsch-englischen Einigungsversuche der letzten zwei Jahre gründlich geschadet hat. Der Temps sagt, daß die Times gegen Lord Tweedmouth und das englische Kabinett eine Rache geübt habe, die man nur in bezweifelten Fällen aus der Feder ziehen sollte. Es sei fraglich, ob die Ereignisse ein solches Vergehen rechtfertigten. Der Kaiser habe englische Minister in Berlin empfangen, habe selber während eines Romzugs in England mit allen Staatsmännern verkehrt, ohne daß dieser Gedankenlosigkeit bezüglich der Beziehungen zwischen England und Deutschland, dem Schicksal zwischen Briten und Deutschen liege etwas verhängnisvoll. Das Journal des Debats fragt, ob die Times und das englische Publikum den wahren Sachverhalt nicht etwas dramatisiert hätten? Die Vorstellbarkeit hätte vielleicht unbenutzt die Dinge ungeschicklich erdichtet lassen. Beide Blätter kommen dann aller-

dings zu dem Schluß, daß die impulsive Art des Kaisers und die unklare Haltung der deutschen Diplomatie auch einen Teil der Schuld daran tragen, wenn solche Nachrichten mit Ueberzeugung von einem großen Teil des Publikums aufgenommen würden. Der Kaiser vergesse, daß der Reiz seiner Konversation nicht immer in seinen schriftlichen Rundgebungen sich wiederfinde. Die Diplomatie habe leider die Gewohnheit, eine Art Kulisienpolitik zu treiben. Frankreich müsse davon zu erzählen. Das erzeuge natürlich Mißtrauen. Der Kaiser müsse begreifen, daß die Regierungen, auch wenn sie zu freundlichen Beziehungen geneigt seien, zu einer Reserve gezwungen würden, so lange der feindliche Reiz der Kaiserworte nicht mit der Politik Deutschlands einheitlich verbunden sei. Der Vorfall werde, so schließen beide Blätter, ohne ernste Folgen vorübergehen, aber er habe die christlichen Bemühungen in England und Deutschland, eine Annäherung beider Länder herbeizuführen, für lange Zeit vernichtet.

## Was wird mit dem Vereinsgesetz?

Aus Stuttgart wird dem Berliner Tageblatt gemeldet, daß der Abgeordnete v. Bayer jedes Kompromiß über den Sprachenparagrafen entschieden in Abrede stellt. Die Süddeutsche Volkspartei werde um keinen Preis einen weiteren Schritt zurückweichen. Der Stuttgarter Korrespondent des Berliner linksliberalen Blattes fügt hinzu, daß die Haltung des Abgeordneten v. Bayer höchst bedeutungsvoll sei, da er als der heimliche Führer des Blockfreisinn angehen werden könnte.

Andererseits wird die Behauptung aufgestellt, daß die freisinnigen Dinerträge des Fürsten Bülow mit fieberhaftem Eifer für das Zustandekommen eines Kompromisses tätig sind, daß insbesondere die Herren Fischel und Bachme die Reichsfinanzler ein förmliches Versprechen abgegeben haben, sie würden ihre Fraktionsgenossen zur Nachgiebigkeit bewegen. Stimmt aber, wie nach dem jetzigen Stande der Dinge zu erwarten ist, die freisinnige Volkspartei (etwa abgesehen von einigen Vereiningungsleuten) für das Kompromiß, so ist dessen Annahme mit einer knappen Mehrheit gesichert. Herr v. Bayer hätte dann seine Prinzipien gewahrt, aber Fürst Bülow hätte auch, was er will!

Dieses Kompromiß würde aber nicht zustande kommen, wenn die Süddeutsche Volkspartei gemeinsam mit der Mehrheit der freisinnigen Vereinigung sich bereit zeigt, aus einem Umfalle der freisinnigen Volkspartei die Konsequenzen zu ziehen und als Antwort das Haus der Fraktionsgemeinschaft zu verlassen.

Die Süddeutsche Volkspartei kann durch Passivität oder laue Opposition das Zustandekommen des Kompromisses begünstigen, sie kann es aber auch verhindern durch entschiedenes und unabweisbares Auftreten. Unterläßt sie es zu erklären, daß für den Fall der Annahme des Kompromisses weder der kleine noch der große Block für sie existieren werde, so trägt sie die Verantwortung für den üblen Ausgang.

Daß die Entscheidung auf des Kaisers Schneide steht, geht aus einem Artikel der Köln. Ztg. hervor, der unter der Überschrift: „Das Reichsvereinsgesetz in Gefahr“ mittelt, die Hoffnung noch nicht aufgegeben habe, außerhalb der Kommission zu einer Verständigung zu gelangen. Die Regierung sei sehr entschlossen, das ganze Gesetz zurückzuziehen, wenn der § 7 des Gesetzes nicht angenommen werde.

Die Kölnische Zeitung hat folgenden Kompromißvorschlag bei der Hand. Sie führt aus:

Am 5. Januar d. J. haben wir den Vorschlag wieder, dem § 7 folgenden Fassung zu geben: Die Verhandlungen der öffentlichen Verhandlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind in gemischtsprachigen Teilen des Deutschen Reiches im Wege der Landesgesetzgebung zulässig. Als gemischtsprachig sind zurzeit einzelne Teile Elsaß-Lothringens und der preussischen Provinzen Schlesien, Posen, Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein anzusehen.“

Dieser nationalliberale Kompromißvorschlag bedeutet in Wahrheit noch eine Verschlechterung jenes vorher schon bekannt gewordenen Kompromißversuchs, der die Sprachenfrage überhaupt der Landesgesetzgebung übertragen wollte. Ja, er bedeutet eine Verschlechterung gegenüber der Regierungsvorlage. Nach der Regierungsvorlage dürfen Ausnahmen von dem Verbot der fremden Sprache durch die Landesgesetzgebung getroffen werden. Theoretisch ist also die Landesgesetzgebung frei in der Anordnung solcher Ausnahmen. Der nationalliberale Kompromißvorschlag will aber die Landesgesetzgebung von vornherein festbinden, daß sie nur dort Ausnahmen treffen dürfe, wo gemischtsprachige Bevölkerung vorhanden ist. Die Nationalliberalen beweißen durch diesen Vorschlag nur ihre Feindschaft gegen jeden Liberalismus.

## Politische Uebersicht.

### Preussische Landtagswahlen im Juni?

Bei der Beratung des Eisenbahnbudgets im preussischen Abgeordnetenhause richtete am Sonnabend der nationalliberale Abg. Wachs an den Eisenbahnminister die Frage, ob die Schinddärbbauvorlage noch so früh an das Haus kommen würde, daß ihre Berücksichtigung möglich sei, auch wenn der Landtag schon vor Ostern geschlossen würde. Der Minister bejahte die Frage auch wenn der Landtag schon vor Ostern nach

Sonntag geschlossen würde, um nicht wieder zu kommen, werde die Schinddärbbauvorlage noch zu rechter Zeit berücksichtigt werden können. Man rechnet also bei der Regierung wie bei den Regierungsparteien mit der Wahrscheinlichkeit, daß diese Legislaturperiode schon vor Ostern ihren endgültigen Abschluß findet. Das würde den Landtagswahlen im Juni bedeuten. Es gilt, bezogenen dafür zu rufen!

### Die Wahlparole.

Eines der schlimmsten Scharfmaßerblätter, die Hamburger Nachrichten, bringen in einem Leitartikel einen Klammerruf zu den Landtagswahlen. Wir teilen unseren Lesern einen Satz hieraus mit, weil er klar und scharf ausspricht, um was es sich bei den preussischen Landtagswahlen handelt und mit welcher Energie deshalb die Gegner vorgehen wollen. Die Hamburger Nachrichten schreiben:

„Im Reime schon sollte das Verlangen, auch Preußen mit dem gleichen und geheimen Wahlrecht zu beglücken, erfüllt werden. Jetzt ist noch Zeit dazu; jetzt kann noch vorgebeugt werden, daß sich die Feinde des preussischen Landeswahlrechts auf das Resultat des Wahlkampfes berufen und behaupten können, das „Volkes Wille“ habe für sie entschieden. Das preussische Wahlrecht stellt ein Bollwerk dar gegen die Gefahr der Demokratisierung unserer gesamten öffentlichen Lebens. Es erst räumt in dieses Volkswort Rechte gelegt, dann wird auch in Preußen jene Gefahr nicht mehr allzu lange zurückgehalten werden. Es ist die Gleichheit des Wahlrechts, kraft deren sich die Demokratisierung unanfechtbar vollziehen muß. Den letzten heftigsten Hemmungsfaktor dieser Entwicklung bildet die Ungleichheit des Wahlrechts, wie sie auch in dem größten deutschen Bundesstaate Wirklichkeit geblieben.“

Diese Sätze können auch wir immer wieder als Leitparole für unseren Wahlrechtskampf benutzen!

### Volensfrage und Schulnot.

pc. Wp im Herrenhause die Entseignungsvorlage gegen die Polen verhandelt wurde, die ungewissheit dazu führen wird, den Nationalitätenkampf in den Ostmarken auf das schärfste zu verschärfen, ohne den gewünschten Erfolg der „Germanisierung“ zu bringen, bemerkt der Reichsminister, daß keiner der Herren, die gegen die Vorlage gesprochen hätten, ein konkretes praktisches Mittel angegeben habe, um die Entseignung überflüssig zu machen. Reichlich hätte vor Bülowen Erwähnen im Hause Graf Doyerebeck, der im übrigen um wirkungsvollen gegen die Vorlage sprach, seine Rede mit den Worten geschlossen: „Wenn im Osten wirklich Gefahr im Verzuge ist, dann ein Armeekorps mehr nach dem Osten, aber nicht ein solches Gesetz!“ Doch dieser preussische Grundgedanke kann nicht als originell betrachtet werden. Will Fürst Bülow wissen, wie man ohne Gewaltmaßnahmen in den polnischen Landesteilen „germanisieren“ kann, so muß er sich eben nicht an das preussische Herrenhaus wenden, sondern er muß das Protokoll des Paritätentags der sozialdemokratischen Partei Preußens vom Jahre 1904 studieren. Dort findet er auf Seite 34, wie der Referent zur Schulfrage nach einer kurzen Skizze der Schulverhältnisse in der Provinz Posen unter lebhaftem Beifall des Parteitagess ausführt: „Diese Zahlen habe ich angeführt, um ein scharfes Wort gegen die Schulpolitik zu sprechen, die die preussische Regierung mit ihrer Germanisierungspolitik in den Ostmarken treibt. Wenn von den Hunderten von Millionen, die für diese Politik ausgegeben werden, nur ein Teil dazu verwendet würde, um bessere Schulverhältnisse zu schaffen, dann könnte man allenfalls von einer guten Germanisierungspolitik sprechen, weil durch die Verbesserung von Mitteln zu solchen Zwecken die nationale Ehre hochgehalten wird.“

Aber die offiziellen „Mittel der nationalen Ehre“ sind dreiartigen „pöbelbürgerlichen“ Ueberlegungen unangemessen, und so läßt man die Dinge auf dem Schulgebiete in den polnischen Landesteilen ruhig ihren Gang weiter gehen; ja nicht einmal das Schulnotengesetz hat man feinerzeit auf die Provinzen Posen und Westpreußen ausgebeugt, und auch jetzt wird man nicht an dessen Uebertragung auf jene Provinzen herangehen, um, wie Herr Doyerebeck immer noch im Abgeordnetenhause sagte, „unnütze Reueausübung innerhalb dieser beiden Provinzen zu vermeiden“!

Dabei wurde recht jetzt wieder festgestellt, daß ungefähr die Hälfte der Schulen in Posen Halbtagsschulen sind. Der Lehrermangel ist ja eine allgemeine Erscheinung in Preußen; wurden doch nach der neuesten Statistik (für 1906) im ganzen Staate 116 802 Volksschulklassen, aber nur 102 764 Lehrkräfte (Lehrer und Lehrerinnen zusammen) gezählt; rechnet man auf jede Klasse eine Lehrkraft — in Städten mit guten Schulverhältnissen ist die Zahl der Lehrkräfte größer als die der Schulklassen —, so fehlen im ganzen Staate 13 138 Lehrkräfte, aber auf je 100 Schulklassen fehlen 11,3 Lehrkräfte, d. h. für mehr als 11 Klassen von 100 gibt es keine eigenen Lehrer; jede von ihnen muß mit je einer anderen den Lehrer teilen, so daß auf je 100 Klassen mehr als 22 Halbtagsschulunterricht haben, an sich schon ein Zeichen preussischer Kulturhöhe!

Die Klassen sind aber von Provinz zu Provinz verschieden. Auf 100 Volksschulklassen fehlen im Sinne der eben angeführten Betrachtung an Lehrkräften z. B. in der Rheinprovinz 1,8 Prozent, in Westfalen 8,4 Prozent, in Schleswig-Holstein 1,5 Prozent. Im Stadtkreis Berlin kommen auf 100 Volksschulklassen 106,4 Lehrkräfte. Auf der anderen Seite sieht es am schlechtesten in Schlesien, wo 27,9 Prozent fehlen, und gleich darauf folgt Posen mit 26,9 Prozent!

Das Ziel der Sozialdemokratie auf dem Schulgebiete ist selbstverständlich die Beseitigung der Schulnot allüberall; sie wird darauf drängen, nicht nur überall den Rahmen des Schulwesens auszufüllen, sondern auch das Niveau der Schule zu heben — das heutige erweist sich in jeder Beziehung als viel zu tief. Aber die Sozialdemokratie würde verunmündlich im Augenblicke im preussischen Landtag nicht gegen, zunächst einmal für die Provinzen Westpreußen und

Kosten ein ...

Die „unbegrenzten“ Budgetrechte der Duma.

Der Vorgänger des jetzigen Reichstagspräsidenten, H. Schroeder...

Die Duma die Forderung stellen, den Bericht kennen zu lernen...

Finanzminister Kozloff erklärte in seiner Budgetrede, die Budgetrechte der Duma seien unbegrenzt...

Die Zahl der begnadigten Pogromhelden wächst mit jedem Tage...

Auf der Suche nach einem Freiquartier. Aus Petersburg wird der Russ. Korrespondent...

Der Fall des ...

Deutsches Reich.

Blasbrüderlichkeit.

Einen wüsten Schimpfartikel gegen den großen Abg. Traeger...

Das Blatt des ordnungsgemäßen Herrn Ruppert...

Strafmandate gegen den Wahlrechtskampf.

Das Strafmandat, das dem Genossen Thabor zu Solingen...

Berlin, 8. März. Das ehrengerichtliche Urteil gegen den Grafen Hohenau...

Schuhmanns Sabel.

Eine von Jägermann hervorgehobene nützliche Lärmstunde...

Das Strafmandat...

wegen Widerstands zu 25 W. Geisler verurteilt.

Fünf Jahre Gefängnis!

Nicht weniger als fünf Jahre Gefängnis erkannte das Kriegsgericht...

Russische Liebesdienste.

Breslau, 8. März. Infolge von Dexpörsen, die wegen der Annahme...

Preussische Anpassung an das Reichstags-Dienstegehalt.

Hamburgische Sittlichkeit in polizeilichem Sinne.

Levins.

Aus Rom wird der franz. Bg. von ihrem Korrespondent...

Revolutionäre Kultur.

In den deutschen sozialdemokratischen Kreisen erinnert man sich...

Kämpfen und Opfern seit der englischen Revolution...

land nicht der große legitime Anspruch bürgerlicher Entwicklung...

Soziales.

Alkohol und Unfälle. In einem Vortrag über den Einfluss des...

Der akute oder der chronische Alkoholismus, so führt er unge...

So sind denn die Beziehungen des Alkoholismus zu den Un...

Parteiangelegenheiten.

Personalien. In die Redaktion der Mecklenb. Volkszeitung in Rostock ist...

Gemeindeverwaltung. Bei den am Freitag stattgefundenen Gemeindevahlen er...

Unsere Toten. In München wurde der Genosse L. Weinhaus bestattet. Er...

Dresdner Polizeibericht vom 9. März. Nach einer ihm wegen verspäteten Zusammenkommens zuteil ge...

Letzte Telegramme.

Die Klage des Schahs. London, 9. März. Wie einem hiesigen Blatt aus Teheran...

Der Tatsu-Maru-Zwischenfall. Peking, 9. März. Zwischen China und Japan ist noch immer...

Brennendes Schiff. Sibao, 9. März. In Nord des mit Salpeter beladenen...

Partei- und Gewerkschafts-

genossen! Wir bitten dringend darum, in erster Linie die Wirte...

Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.

den Forderungen in die Rückgabe des Dampfers mit Beweg...

London, 8. März. Die chinesischen Behörden versichern, daß...

London, 8. März. Reuters Bureau erfährt: Da die chinesische...

Washington, 8. März. Die amerikanische Regierung erwidert...

Trotz der Bekämpfung der Spannung ist kaum zu befürchten...

Sächsischer Landtag.

II. Kammer. 77. Sitzung vom 9. März 1908. Zunächst wird nach einem kurzen Berichte des Abg. Anders...

Es folgt die Schlussberatung über eine Petition des Verbandes...

Abg. Böhmel: Die Petition des Landwehr-Deputations beauftragt...

Abg. Nöhlmann beantragt, die Petition der Regierung zur Er...

Abg. Langhammer: Nicht nur die Schule, auch Industrie und...

Abg. Schill: Dem Beten ist zu empfehlen, daß die Herren...

Abg. Guldstein: Die Petition hätte leider mit Rücksicht auf...

Abg. Rißler: Seines Wissens sei der Beten von seinem...

Abg. Jacius: Er könne sich den Ausführungen des Abg. Gold...

Abg. Bär: Auch er sei der Ansicht, daß der Mann mit einer...

Sobald beschließt die Kammer, die Petition auf sich beruhen...

Nächste Sitzung: Dienstag nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung...

Rusland.

Marokko.

Frankreichs Erfolge.

Tanger, 8. März. Die marokkanische Regierung zieht Truppen...

Paris, 7. März. General Galloni telegraphiert, daß die Um...

Paris, 8. März. Aus Ralagan wird vom 5. März gemeldet...

Amerika.

Kapitalistischer Mord.

Washington, 8. März. (U. L.) Der republikanische Senator...

Japan.

Ein Ultimatum an China.

Peking, 8. März. Japan überreichte gestern dem Leiter...

London, 8. März. Dem Reuters Bureau wird aus Peking...

gegen das Militär und den, der die eigentliche Seele der Krone...

So wird schon die deutsche Jugend von Anfang an der Kultur...

So wird schon die deutsche Jugend von Anfang an der Kultur...

Dienstag den 10. März, abends 8 1/2 Uhr

# Volks-Versammlung

im Gasthof zu Somsdorf.  
Tages-Ordnung:  
**Der Ursprung der Arbeit.**  
Referent: Redakteur Robert Grätzsch.  
**Debatte.**  
Der Einberufer.

## Vierter Reichstags-Wahlkreis

Sonnabend den 14. März, abends 9 Uhr  
im Saale der Tonhalle, Glacisstrasse

### Gedächtnisfeier zum 25jähr. Todestag Karl Marx'

PROGRAMM  
1. Brause, Freiheitschor . Uthmann | 2. Unsterblichkeit . . . . Schulken  
3. Vortrag des Reichstagsabgeordneten A. Kadon:  
**Leben und Wirken Karl Marx' für das Proletariat**  
4. Spielmanns Testament . Pfeil | 5. Dem Lenz entgegen . . Uthmann

Eintritt frei  
Massenhaft Besuch der Arbeiterschaft erwartet  
Der Vorstand.

# Möbel

legt man jetzt **direkt** aus Wilsdruff **dem**

## Genossen Hildebrand

weil dort infolge Ersparnis der riesigen Laden- und Lagermieten der Großstadt bedeutend billiger.  
Permanentes Lager in Polster- u. Tischler-  
Möbeln, Stühlen, Spiegeln usw. usw.  
Nachgel. wird vergütet. Lieferung frei ins Haus.  
Mehrjährige Garantie.

## Grosse öffentl. Frauen-Versammlung

Freitag den 13. März, abends 9 Uhr  
in den **Blumensälen**, Blumenstrasse.

### Vortrag des Herrn Dr. Cohn

über:  
**Der weibliche Körper in Gesundheit u. Krankheit.**  
Hierauf Fragenbeantwortung.  
Höchliches Erhöhen der Mitglieder des Sozialdemokratischen  
Bereins erwünscht. — Gölte haben Zutritt. D. G.

## Lichtbilder-Vorträge für Damen

Mittwoch den 11. März  
im Deutschen Haus, Potschappel  
nur für Damen. — Abends 8 1/2 Uhr.  
Die Angenikerin  
Frau Alma Wartenberg, Hamburg  
berichtet über:  
**Wie erhalten wir uns gesunde Mütter und  
gesunde lebensfrohe Nachkommen?**

Aus dem Inhalt Kinderpflege und Ernährung:  
Wie und wann säugen wir unsere Kinder in breiten Fragen auf?  
— Gesundheitsfördernde Ernährung, hygienische Fütterung. —  
Ursache der Blarmit. — Weisheit. — Schwimmer-Auswahl, -Zentung,  
-Fistel. — Polypen und Krebs. — Die verschiedenen Vagen des  
Kindes. — Schwere Geburten. — Frühgeburten. — Wie spielen  
wir normale Geburten?  
Nach dem Vortrage: Fragenbeantwortung.  
Eintritt 30 Pf.

## Bau-Schlosser!

Sonnabend den 14. März 1908, abends 8 Uhr

### Versammlung der Bau-Schlosser

im großen Saale des Volkshauses, Rippenbergstr. 2.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Entwicklung des Handwerks vom Mittelalter bis heute.  
Referent: Arbeitersekretär Genosse **Wente**.  
2. Branchenangelegenheiten.  
Höchliches Erscheinen der Berufsangehörigen ist Pflicht!  
Der Einberufer.

**Soz. Verein  
Dresden-Altst.**  
Sente  
Montag abend 9 Uhr  
**Vorstandssitzung.**

**Verband der  
Schneider.**  
Dienstag den 10. März, abends 9 Uhr  
**Versammlung**  
im Volkshaus.  
Tages-Ordnung:  
1. Das Crisistat der Stadt  
Dresden, die Versicherungs-  
pflicht der Handwerks-  
treibenden betreffend.  
2. Unsterblichkeitskämpfe in diesem  
Frühjahre.  
3. Gewerkschaftliches.  
**Debatte.**  
Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Einberufer.

**Lagerhalter-Verband!**  
Dienstag den 10. März, nachm. 5 Uhr  
im Volkshaus  
**Mitgliederversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Antrag Abbau: Versammlungen  
betr. — Verchiedenes.  
Der Vertrauensmann.  
Für Wiederverkäufer!  
**Osterpostkarten**  
100 Stück von 1 Mk. an  
empf. Beckhausstr. 12a, 12b, 12c, 12d, 12e, 12f, 12g, 12h, 12i, 12j, 12k, 12l, 12m, 12n, 12o, 12p, 12q, 12r, 12s, 12t, 12u, 12v, 12w, 12x, 12y, 12z.  
**Alle Eiche Fisch-Götze**  
Marienhoffstr.

# Blumensäle

Morgen Dienstag letzter  
**Lichtbilder-Vortrag**  
nur für Herren

von  
**Reinhold Gerling**  
über:  
**Was der Mann vom Geschlechtsleben  
des Weibes wissen muss.**  
Billette für den Vorverkauf bei Gassenstein & Vogler und in  
den Blumensälen.

Zur Aufklärung für Mann und Frau!  
**Grosser öffentl. Vortrag**  
über Sicht, Abnormalität, Infektion, Herz-, Nerven- u. Gefäßkrankheiten,  
deren Entstehung und erfolgreiche Behandlung nach einem neuen Gesichtspunkt  
mit Vorführungen an Bildern und Personen aus dem Publikum  
Mittwoch den 11. März, abends 8 1/2 Uhr  
im Saale des Hrn. **Cluß Alter** Gasthof, Mägeln  
Eintritt 30 Pf.

Nach dem Vortrage finden höchst interessante und lehrreiche  
Erklärungen an Bildern sowie an Knochentafeln statt und stellen sie  
aus Augen, Gesichtsausdruck, Haaren und Körperform die Charakter-  
eigenschaften und Gesundheits- bez. Krankheitszustand fest zum Be-  
weise für meine Ausführungen.  
Dieser interessante Vortrag findet nur einmal statt und  
wird um recht zahlreiches Erscheinen höchst gebeten.  
**Max Schacke**  
Phycho-Pathologischer u. Praktischer d. Inneren Heilw.  
Dresden, Lüttichanstrasse 23.

## Die Geldknappheit

zwingt die Hausfrauen zu sparen.  
Naturbutter kostet  
per Pfund Mk. 1.50 bis 1.60.  
**„Siegerin“**  
-Margarine von Butter nicht zu unterscheiden, und  
**„Mohra“**  
-Margarine bester Butter-Ersatz, sind 60 bis 100  
Prozent billiger als  
Naturbutter.

## Erklärung.

Ich erkläre hiermit, daß an dem Ausfall der Wahl-Beratschulung  
weder das Beratungsgremium, noch der Vorstand des Sozialdemo-  
kratischen Vereins für den 4. Wahlkreis, Bezirk Dresden-Neustadt, noch  
die Parteileitung die geringste Schuld trifft. Ich selbst aber muß  
auch jedes Versehen absteuern. Schuld hat einzig und allein die  
Frau D. Steglich, die mich mit der Velehrung der Bühnenarbeiten  
im Stich ließ, so daß die Vorlesung abzuhalten unmöglich war. Der  
Vorsitzende findet nun am 25. März in demselben  
Saale statt und haben die bereits gelassen Karten Gültigkeit.  
Da Sonntag  
Direktion des Dresdner Volkstheater-Ensembles.

**Fahrräder** Erstklassige Marken  
Wanderer  
Brennabor  
Opel, Avanti,  
Erleichterte Zahlungs-  
bedingungen.  
**Paul Schmeizer, Mägeln 10.**

## Reichshallen

Salmstraße 13, 1 Min. v. Bahnh.  
Sente Montag  
**Feiner Ball à la Paris.**  
12 Süd Langenstr. 60 Pf.  
8 30  
Im Rabatett täglich:  
**R. Kriegsmann, Singel**  
Erst Platz.

**Walzer, Rabel-  
länder**  
in 1. G.  
gewissen, ungeniert, in  
großen Partien, jederzeit.  
Damen und Herren können nach  
noch Auszug schmücken  
**H. Koenecke u. Tiedler**  
nur Zahnstraße 2 (Dr. Gode).

**Mutterspritzen**  
Spülkannen, Leib-  
binden, Gummistrümpfe  
Ölfe bei Eröftung und ab

**Frauenartikel**  
Preis-Liste gratis u. distr.  
**Rich. Freisleben**  
Postplatz.

## Dresden-A., Pillnitzerstr. 46, I. u. II.

Meiner geehrten Kundenschaft zur gefälligen Kenntnisnahme,  
daß sich meine Geschäftsräume von heute ab  
befinden.  
**G. Rob. Meyer**  
Waren- und Versandhaus.

## Dauernde Existenz für Damen u. Herren

bietet alte angesehene Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, die  
die Volks-Versicherung mit Wochen- und Monatsbeiträgen be-  
treibt. Ausführliche Offerten unter **G. R. 99.**  
**Lehrling**  
für Kontor gesucht. Bez. um  
O. P. 100 an die Exped. d. B.  
**Wickelmacherin**  
wird gesucht. Bez. 114.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Robert Grätzsch, Dresden.  
Verantwortlich für den Inseratenteil:  
Reinhold Eißler, Dresden.  
Druck und Verlag: **Raben & Romb.** Dresden.







zu werden, als daß er die noch unerschrocken auf den Gold beher...

Karl Wiesenfer

Geschichte einer Jugend von Karl Wiesenfer

Einige Tage nach diesem Geschehnis, gegen Ende des...

„Guter Wiesenfer,“ sprach er, „weil ein vergeblicher...

„Nun ja, es interessiert mich, Fräulein Wiesel, ein...

„Nun, sagen Sie! O, das ist möglich, das ist ja...

„Mals allen übercher von peinsturen, il les...

„Das bedauere ich sehr, aber ein Wunder ist, daß...

„Sonn auch sein.“

„Ja, Sandling, du studierst dich noch zu Tode.“

„Was aber mich betrifft, so las ich im Café aufeinander...

„Krieg des Eindeutigen, der Wirsam auf mich gerichtet...

„Wir lesen uns alle hier lebend an den Tisch, und...

„Wie Sandling war, wie ich leicht auszuweichen konnte...

„Wollen Sie nach?“ begann die Jungfrau, „wie ich...

Wage aufzutreiben und stieg auf die Heimbahn der Stadt...

„Wir haben uns an, Jugend etwack, ein unermessener...

„Nun ja, es interessiert mich, Fräulein Wiesel, ein...

„Nun, sagen Sie! O, das ist möglich, das ist ja...

„Mals allen übercher von peinsturen, il les...

„Das bedauere ich sehr, aber ein Wunder ist, daß...

„Sonn auch sein.“

„Ja, Sandling, du studierst dich noch zu Tode.“

„Was aber mich betrifft, so las ich im Café aufeinander...

„Krieg des Eindeutigen, der Wirsam auf mich gerichtet...

„Wir lesen uns alle hier lebend an den Tisch, und...

„Wie Sandling war, wie ich leicht auszuweichen konnte...

„Wollen Sie nach?“ begann die Jungfrau, „wie ich...

„Wir lesen uns alle hier lebend an den Tisch, und...

„Wie Sandling war, wie ich leicht auszuweichen konnte...

Derer sagte, daß einige Zeit eine große Unruhe, eine...

Umfahrt

Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Jahresversammlung

Unter demnächst stattfindender Versammlung von Herren und Frauen...

Was Wiesenfer war zu verstehen, daß der unglückliche Mann...

Theater

Opernhaus: Maxine von Leipzig. Die Oper hat eine neue...

Stübchen Rührer

Stübchen Rührer. Pflanzliche Nahrung. In der...

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

### Eine blamable Abbitte.

In der letzten Nummer der Kasse, dem Verbandsorgan der Porzellanarbeiter, befindet sich folgende bezeichnende Erklärung:

„Ich habe in einer Versammlung des Gewerkschafts der graphischen Berufs in Annaburg am 13. November 1907, zu der auch Otto Kurze, tonen, behauptet, der Verband der Porzellanarbeiter in Annaburg im Jahre 1897 Wollmann, habe in einer Versammlung in Annaburg im Jahre 1897 ledig Personen in den Verband aufgenommen, sich die Eintrittsgelder von in Summe 60 Mark in die Kasse gesteckt und dann nicht mehr von sich hören lassen. Ich habe das mit der demütigsten Absicht getan, von sich hören lassen, daß Herr Wollmann diese Eintrittsgelder unterschlagen habe, trotzdem ich weißte, daß ich solche Behauptung nicht begründen kann.“

Zu der Behauptung gab mir lediglich der Umstand Anlaß, daß ich damals (die Versammlung fand übrigens nicht im Jahre 1897, sondern 1899 statt) ein Mitgliedsbuch nicht in die Hände bekam. Ich habe aber gewußt, daß mein Mitgliedsbuch bei dem Kassierer der Fabrik, hiesigen Wollmann, zu welcher die Annaburger Mitglieder zählen, zum Zweck der Beitragsabhebung lagerte, und daß mir das Buch auf mein Verlangen jederzeit zur Verfügung gestanden hätte.

Ich habe ein, daß meine Anklage nicht so lächerlich ist, als ich als Mitglied dieser Kasse, des Arbeitervereins und des Gewerkschafts (S. D.), sehr wohl weiß, wie oftmals Fehler oder Nachlässigkeiten von Vertrauenspersonen korrigiert werden können, und als mir die Briefe für den Feldmarschall damals wohl bekannt waren, und ich immer ich mich gar nicht um die Erlangung eines Mitgliedsbuches bemüht habe.

Ich habe für meine schwere Anklage Herrn Wollmann um Verzeihung gebeten und nehme diese Anklage hiermit öffentlich zurück.

Annaburg, den 23. Februar 1908. August Sobel.“

Trotzdem dürfte dieselbe scholle Verleumdung in der nächsten Ausgabe des Handbuchs des Reichsverbandes wahrscheinlich ihre Aufrechterhaltung finden.

### Soziales.

#### Für die Verschmelzung

der Nahrungsmittelverbände erklärte sich eine Versammlung der hiesigen organisierten Bäcker.

Die Generalversammlung des deutschen Zeichnerverbandes findet demnächst hier statt. Da der Verband deutscher Musterzeichner gleichzeitig in Dresden seine Generalversammlung abhält, haben die beiden Verbände die Einberufung eines allgemeinen Zeichnerkongresses vereinbart.

### Inland.

Eine neue Herausforderung der hängewerkschaftlichen Arbeiterschaft durch die Unternehmer ist in Berlin in Aussicht genommen. Der Verband der Baugeschäfte in Berlin und Vororte (E. B.) hat zu heute nachmittags nach dem Architektenhaus eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Auf der Tagesordnung steht als wichtigste Angelegenheit und zwar als Punkt 2: „Mit Rücksicht auf das jährliche Angebot von Arbeitskräften zu einem Stundenlohn von 65 Pf., je 60 Pf. und darunter, und mit Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der Verbandsmitglieder gegenüber den dem Verbande nicht angeschlossenen Baugeschäften, den Stundenlohn der Maurer und Zimmergehilfen, sowie denjenigen der Bauhilfsarbeiter noch einmal herabzusetzen.“ Zum Schluß heißt es in der Einleitung: „Die unter Nr. 2 der Tagesordnung zur Besprechung stehende Angelegenheit ist für das Baugeschäft Groß-Berlins von größter Bedeutung. Der Gesamtanbau des Bauwesens demgemäß, daß jedes Verbandsmitglied an dieser Generalversammlung teilnehmen wird.“

Der paritätische Arbeitsnachweis im Steinsetzergewerbe ist für Berlin gesichert. Am Freitag tagte die paritätische Schlichtungskommission, um sich mit dem paritätischen Arbeitsnachweis zu befassen. Es wurde beschlossen, daß derselbe am Montag den 9. März eröffnet wird und daß dann im dreiwöchigen Umkreis von Berlin Umschau nach Arbeit nicht zulässig ist.

### Grenzstreitigkeiten.

Während dem Verband der Seefahrer und dem Zentralverband der Maschinenisten und Heizer waren aus Anlaß von Grenzstreitigkeiten unangenehme Meinungen entstanden. Diese sind jetzt in einer Konferenz unter Mitwirkung der Generalkommission durch folgende Vereinbarung beseitigt: 1. Der Zentralverband der seemannischen Arbeiter Deutschlands ist die zuständige Organisation für alle Personen des Maschinenpersonals, soweit sie der Seemannsordnung unterstellt sind. 2. Der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer hingegen ist die zuständige Organisation für alle Maschinenisten und Heizer in allen Teilen der Reichsflotte. 3. Der jetzige Beisitz an allen der Seefahrt bleibt jedoch dem Verband der Maschinenisten und Heizer gewahrt und darf von beiden Seiten kein Druck ausgeübt werden, um Arbeiter zu erzwingen. 4. Werden Lohnbewegungen in der Seefahrt geplant, so sind sie gemeinsam von beiden Verbänden vorzubereiten und durchzuführen. 5. Sämtliche Funktionen beider Verbände sind gehalten, vorkommende Bestimmungen strikte zu beachten.

### 1. Zur Verschmelzungsfrage

mit dem Verband der Bureauangestellten nahm ein Beiratstag der Verwaltungskomitees der Krankenkassen Sachsen in Leipzig Stellung. Prinzipiell erklärte man sich mit dem Statutenentwurf der dem Verbandstage in Berlin demnächst vorgelegt werden und die Einigung beider Verbände herbeiführen soll, einverstanden. Einige Anträge auf Änderung der vorgeschlagenen Statuten wurden angenommen, so daß der neue Verband: Verband der Bureauangestellten heißen soll; der Monatsbeitrag für Mitglieder über 20 Jahre soll auf 1,20 M. statt auf 1 M. festgesetzt werden, dafür müsse der Sonderbeitrag für den Verbandstag weggelassen sein.

Gleichzeitig beschäftigte man sich mit der Schaffung einer fakultativen Pensionskasse. Wenn man auch die Schwierigkeiten nicht unterschätzte, erklärte man sich doch prinzipiell für die Einigung einer solchen, sei es auch erst in späterer Zeit.

In Sachen habe eine Anzahl von Ortskrankenkassen den Tarifvertrag des Verbandes angenommen, wenn auch noch viel für den Tarif zu arbeiten ist. Bisher hat der Verband in Sachen 597 Mitglieder gegenüber 527 im Jahre 1907. Zu Delegierten

für den Verbandstag wurden gewählt: Kreis-Wurzen, Rändler-Ebermühl, Thiele-Neudorf, Walter-Mercant, Ruby-Planen, Eichhorn-Röschbroda.

### Doch wahr!

Wir veröffentlichen vor einigen Tagen eine Notiz „Kann glaublich!“, in der wir einen Bericht bürgerlicher Blätter über Auslagen Reichshäuser vor Gericht als kaum glaublich hinstellten. Aus einer uns von der Redaktion der Sächsischen Post übersandten Nummer mit dem Prozeßbericht ersehen wir leider die Richtigkeit des von uns Angezweifelten. Reichshäuser hat also wirklich die Taklosigkeit begangen, vor Gericht sich in der wiedergegebenen Weise über die Sozialdemokratie und ihre Ziele zu äußern. Wir hatten es trotz allem Vorangegangenen nicht für möglich gehalten.

### Ein Arzt über Arbeiterorganisation.

Im Solnhofener Lithographiefabrikgebiet, wo die schlecht bezahlten und schlecht behandelten Arbeiter jetzt endlich aufzuwachen beginnen, fand dieser Tage die Generalversammlung der Ortskrankenkasse statt. In der Debatte ergriff der Kassennarr Dr. Krebs das Wort, wobei er u. a. auf die Frage der Organisation zu sprechen kam und besonders scharf jene Elemente geißelte, die andere lämpfen lassen, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen und, wenn der Sieg auf die Seite der Letzteren fällt, sich demnach an dem Gewinne des Errungenen beteiligen. Für seinen Stand halte er die Organisation für sehr für nötig, als gerade für den Arbeiterstand. Von unorganisierten Arbeitern verspreche er sich wenig. Sein Respekt vor solchen sei nicht sonderlich groß. Wegen dieser Ausführungen hat der Arzt jetzt eine Klinge zu gewärtigen. Die Nichtorganisierten fühlen sich nämlich durch die Rede beleidigt und lassen eine Liste artikulieren, auf der sich alle Arbeiter einzeln nennen sollen. An der Spitze dieser Liste prangt merkwürdigerweise der Name des zweiten „Präsidenten“ der christlichen Gewerkschaft, die er anscheinend so niedrig einschätzt, daß er sich als deren Vorstandsmitglied zu den Unorganisierten rechnet.

### Die Arbeitervilligen können einen totschlagen!

Eine milde Beurteilung fand die in der Neujahrnacht von den Bahnarbeitern Wilhelm und Willi Rosenhahn in Halle a. S. begangene Missetat. Die beiden Kohllinge hatten, wie feinerzeit berichtet worden, den Arbeiter Bertram, einen Vater von drei Kindern, aus ganz nichtigem Anlaß mißhandelt und der ältere Bruder Wilhelm hatte dem Opfer mit dem Messer den tobdringenden Stich in den Herzbeutel beigebracht. In der heutigen Schwurgerichtsverhandlung, in der die beiden Personen wegen Körperverletzung mit Todeserfolg angeklagt waren, trat eine Anzahl Unternehmern auf, die die beiden Täter als ruhige, fleißige und arbeitswillige (!) Menschen bezeichneten. Die Geschworenen bewilligten die mildernden Umstände und so kam Wilhelm Rosenhahn mit einem Jahre sechs Monaten Gefängnis und sein Bruder mit vier Monaten davon.

### Niederlage der Markenartikelfabrikanten.

Der Konflikt zwischen der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine und dem Verbande von Markenartikelfabrikanten ist, wie dem Hamburger Echo von der Großverkaufsgesellschaft auf Anfrage bekannt wird, infolgedessen beendet, als mit den hauptsächlich in Betracht kommenden Firmen dieser Tage eine Verständigung erzielt wurde.

### Die Lohnbewegung der Heringfischer.

Die im Zentralverbande der seemannischen Arbeiter Deutschlands organisierten Heringfischer haben den Zentralvorstand des Verbandes beauftragt, den gesamten Fischern, die an der Heringfischerei interessiert sind, eine Eingabe zu machen und in dieser Eingabe erhöhte Löhne, erhöhte Tonnengelder und andere Verbesserungen ihres Lohn- und Arbeitsverhältnisses zu fordern. Außerdem sollen Verhandlungen über die Beschäftigungsfrage gefordert werden. Der Zentralvorstand ist diesem Verlangen der organisierten Heringfischer nachgegeben und hat am 2. März den betreffenden Redaktionen eine dahingehende ausführliche und wohlbegründete Eingabe zugehen lassen.

Keine gewerkschaftliche Nachrichten. In der Blechwarenfabrik von A. Runge, Braunschweig, legten am Freitag 85 Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Lohnforderungen die Arbeit nieder. Nur etwa 8 Arbeiter schlossen sich der Bewegung nicht an. — Die Hilfsarbeiter im Eisenhauer Gewerbe haben die Arbeit wieder aufgenommen, und zwar infolge einer entgegenkommenden Haltung der Arbeitgeber. — Die Genossenschaft der Bäckerbinder in Wien behält, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufzusperren, falls in einem Betriebe gestreikt würde.

## Parteiangelegenheiten.

### Warnung!

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Russlands teilt uns mit, daß das bisher totgeschwiegenen frühere Mitglied der Petersburger Militärorganisation, Wladimir Brodsky, gegenwärtig als Hochverrat im Auslande wirkt und Eingang in Kreise russischer Genossen zu erlangen sucht. Brodsky ist hochgewachsen, brünett, 22 Jahre alt, von hübschem Aussehen und leicht jüdischem Typus.

### Strafstoß der Presse.

Genosse Steinlamp vom Volksblatt für Bochum hat das Zentralfängnis zu Bochum aufsuchen müssen, um dort 19 Tage zur Abkühlung zweier angeblicher Verleumdungen zu verbringen.

Wegen angeblicher Verleumdung des demokratischen Gemeinderatsmitgliedes Simonet, dessen die Gemeinde benachteiligende Grundstücksbesitze während kritischer Zeiten waren, ist Genosse Jean Martin von der Rühlhansenzeitung Volkszeitung von dem Schöffengericht zu Mülhausen zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der Kläger Simonet erhielt auf Widerlage 50 M. Geldstrafe publiziert.

Genosse Quist von der Volkstimme zu Frankfurt a. M. wurde von der Strafkammer zu Frankfurt a. M. mit 25 M. Geldstrafe belegt, weil er das Verändern eines Scherenscheiters Gemeinderatsrats gerügt hatte, der mit „sanften handgreiflichen Ermahnungen“ Beständnisse von Kindern zu erzielen suchte.

## Soziales.

### Die Kerkzefonkiste.

s. \* Die Differenzen zwischen den Ärzten und Krankenlassen sind keineswegs im Abnehmen begriffen. Das vom Verband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen herausgegebene Verzeichnis der Orte, nach welchen die Ärzte den Zugang vermeiden sollen, enthält zurzeit 128 bewachte Orte. Früher war die Zahl erheblich geringer. Unter den Orten befindet sich eine Reihe großer Städte, wie Bremerhaven, Aachen, alle o. S., Kiel, Stettin a. W., Wilmshausen i. St., Ebersbach o. R., Spandau, Berlin, Wiesbaden usw. Sächsishe Orte befinden sich fünf darunter, und zwar Riesa, a. E., Strieha a. E., Waldheim, Wiederau und Zittau. Hinsichtlich des zuletzt gedachten Ortes handelt es sich bei den Differenzen um die Befreiung der Zulassung nicht staatlich approbierter Personen zur Behandlung kranker Kassenmitglieder. Nach Strieha war von der zuständigen Krankenkasse ein weiterer Arzt gesucht worden, der aber nach Ansicht der vorhandenen Ärzte unnötig sein sollte. Unter den Namen, mit denen Konflikte bestehen, befinden sich nicht nur Ortskrankenkassen, sondern fast vorwiegend Betriebs- und städtische Krankenkassen. So handelt es sich in Hamburg um einen Konflikt mit der Betriebskrankenkasse für Staatsangestellte (S. in Stettin um einen Konflikt mit der Betriebskrankenkasse des Werkes Vulkan, in Rassel um Differenzen mit dem Knappschichtverein, in Dinslaken um einen Konflikt mit dem Walzwerk. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich unter den aufgeführten Orten des Verzeichnisses mit der Ueberschrift „Carotta collegae“ auch solche befinden, bei welchen es den Ärzten nur um Fernhaltung unliebsamer Konkurrenz zu tun ist.

## Volkswirtschaft.

Der Weltbaumwollverbrauch ist vom amerikanischen Konflikt in Manchester für das mit dem 1. Juli 1907 abschließende Jahr festgestellt worden. Danach hat produziert:

Großbritannien	3 482 823 Ballen,
Vereinigte Staaten	4 987 000 „
Deutschland	1 688 161 „
Frankreich	923 423 „
Schweden	89 380 „
Japan	1 068 000 „
Russland	540 000 „

Sehr interessante Einblicke über Krisen in der Baumwollfabrikation der einzelnen Länder geben die Zahlen der in Längsrichtung gemessenen Spindeln, während die in Querrichtung gemessenen Zahlen sich auf die in den betreffenden Ländern überhaupt vorhandenen Spindeln beziehen.

Großbritannien	43 154 713 (rund 50 Millionen)
Ver. Staaten	26 242 000 (rund 50 Millionen)
Deutschland	9 191 940 (9 339 448)
Japan	1 386 717 (1 483 473)

Die geringe Anzahl der Spindeln für Japan erklärt sich daraus, daß in Japan noch sehr viel Baumwolle ohne moderne Maschinenarbeit hergestellt wird.

Zusammen waren in dem genannten Jahre, Juli 1906 bis Juli 1907 auf der ganzen Welt von rund 114 Millionen Spindeln rund 100 Millionen in Betrieb.

### Die Kohlensteuerung.

In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses gab der Eisenbahnminister nähere Auskunft über die Bedingungen, zu denen die Eisenbahnverwaltung ihre Kohlenablässe für das Jahr 1908 gemacht hat. Der Minister hob hervor, daß die Deckung des Kohlenbedarfs diesmal ganz besonders schwierig gewesen sei. Das kann ohne weiteres als richtig zugestanden werden. Um so auffälliger muß aber das Resultat erscheinen, mit dem die Verhandlungen gedeut haben. Die Eisenbahnverwaltung hat auf der ganzen Linie nicht nur für 1908, sondern auch schon für 1909 und 1910 höhere Preise bewilligt als bisher. Die Abkühlungsergebnisse für die einzelnen Kohlenreviere folgende Tonnenspreise in Mark:

	1882	1907	1908
Außerbeziel	5,40	11,37	12,68
Saarbeziel	9,40	14,70	15,50
Obererschlesien	5,60	11,46	12,36
Niedererschlesien	9,40	12,69	13,94

Mit Ausnahme der ersten Jahre nach dem deutsch-französischen Kriege ist seit 1870 noch in keinem Jahre ein so hoher Weltmarktdurchschnittspreis bezahlt worden wie für die Jahre 1908/10.

Es fragt sich, ob die Konsumenten sich den Willen der Syndikate aufzwingen lassen oder nicht. Zah die mittleren und kleineren Konsumenten, so lange sie den Syndikaten konfrontiert gegenüberstehen, wenig oder nicht nichts ausrichten können, dürfte nicht bestritten werden. Ganz anders liegt es aber bei einem Konsumenten wie der preussischen Eisenbahnverwaltung, die nicht der Eisenindustrie den härtesten Kohlenbedarf, und worin sie der Eisenindustrie noch überlegen ist, einen in einer Hand konzentrierten Kohlenbedarf hat. Der gesamte Kohlen-, Koks- und Bräunbedarf der preussischen Eisenbahnen beträgt gegenwärtig circa 7,5 bis 10 Millionen Tonnen, wovon auf Steinkohle allein über 8 Millionen entfallen. Vereint man einen solchen Bedarf in einer Hand, so hat man den Kohlenproduzenten gegenüber eine Macht, die verwehrt werden muß und wird. Wenn nun ein solcher Konsument in einem Jahre wie dem letzten auf die in Aussicht genommenen Preisveränderungen der Kohlenproduzenten eingeht, in dem übrigen Konsum zuvorkommt, so ist es für die übrigen Kohlenverbraucher schwer, wenn nicht überhaupt unmöglich, noch irgendwie mit Preisermäßigungen zu rechnen. War nun zu jener Zeit, als die Eisenbahnverwaltung die neuen höheren Preise bewilligte, die Marktlage so, daß auf die höheren Preise eingegangen werden mußte? Es wäre noch zu verstehen gewesen, wenn die alten Preise erneuert worden wären, aber zu einer Bewilligung höherer Preise lag kein Grund vor. Der Eisenbahnminister sagt, die Verhandlungen schwebten seit Juli 1907: Nun gut, seit Juli 1907 konnte dem, der nicht nur die spezielle Marktlage des Kohlenbergbaues, sondern die Wirtschaftslage überhaupt ausrechenen und eingehend verfolgte, ein Nachlassen der Konjunktur nicht zweifelhaft sein. Der Rückgang des Absatzes im Eisenwerke mußte seine Wirkungen auf den Kohlenmarkt aus-

